

# Deutscher Bundestag

## Stenografischer Bericht

### 138. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 11. November 2004

#### Tagesordnungspunkt 5:

- a) Antrag der Abgeordneten Dagmar Wöhrl, Anita Schäfer (Saalstadt), Karl-Josef Laumann, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU: **Konversionsregionen stärken – Sechs-Punkte-Plan zur Strukturpolitik** (Drucksache 15/4029)

12659 A

- b) Antrag der Abgeordneten Helga Daub, Angelika Brunkhorst, Günther Friedrich Nolting, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP: **Hilfe durch den Bund für die von Reduzierung und Schließung betroffenen Bundeswehrstandorte ist unverzichtbar** (Drucksache 15/1022) .....

12659 A

#### **Petra Pau (fraktionslos):**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bundesverteidigungsminister Struck will 105 Standorte der Bundeswehr schließen. Schon sein Vorgänger, Bundesminister Scharping, hatte 76 Filialen geschlossen. Ginge es um systematische Abrüstung: Die PDS im Bundestag würde diesen Schließungen sofort zustimmen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch  
[fraktionslos])

Aber das Gegenteil ist der Fall. Es geht um **Umrüstung**. Die Bundeswehr wird zu einer Interventionsarmee umgebaut. Die Landesverteidigung rückt ins dritte Glied. Stattdessen soll die Bundeswehr weltweit agieren. Insofern, Herr Kollege Nachtwei, haben Sie ein wahres Wort gesprochen. Fürwahr, es ist eine ganz radikale Reform.

Das widerspricht allerdings dem Grundgesetz.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe gesagt: im Rahmen des Systems der Vereinten Nationen!)

Aber es ist inzwischen Programm aller im Bundestag vertretenen Parteien, ausgenommen die PDS. Wir bleiben bei unserem Nein. Wir wollen stattdessen eine wirkliche Abrüstung, wozu im Übrigen auch die Abschaffung der Wehrpflicht gehört.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Lötzsch  
[fraktionslos])

Nun befürchten viele Städte und Gemeinden, die von einem Abzug der Bundeswehr betroffen werden, drohende Bedeutungs-, Steuer- und Kaufkraftverluste. Da-rauf komme ich gleich zurück.

Es gibt aber auch Regionen, in denen gegen den Willen der Landesregierung, gegen den Willen der Landkreise und gegen den Willen der Bürgerinnen und Bürger aufgerüstet wird. Ich nenne zum Beispiel die Kyritz-Ruppiner Heide, wo das so genannte **Bombodrom** unbeirrt wieder in Betrieb genommen werden soll, diesmal für die NATO. Ich warte insofern immer noch sehr gespannt auf Ihren im Brandenburger Wahlkampf so vollmundig angekündigten Gruppenantrag, der das verhindern soll, Kollege Nachtwei.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Keine Bange! Ist unterwegs! Gut Ding will manchmal Weile haben!)

Als die Bürgerrechts- und Friedensbewegung der DDR seinerzeit mit der Forderung „Schwerter zu Pflugscharen“ auftrat, war ihr der Beifall aus der alten Bundesrepublik gewiss. Nun wendet die neue Bundesrepublik zum Beispiel in der Kyritz-Ruppiner Heide das Friedenssymbol: Sie macht aus Pflugscharen Schwer-ter – und das unter Federführung von SPD und Grünen.

Nun zu den Sorgen der betroffenen Standorte. Sie sind berechtigt. Berechnungen besagen: Je sieben Soldaten, die abgezogen werden, kosten die heimische Wirtschaft einen Arbeitsplatz. Bundesweit geht es bei dieser Strukturreform um Zigtausende zivile Arbeitsplätze. In manchen Garnisonsorten geht es dann ans Eingemachte.

Nun höre ich vom Bundesverteidigungsminister, er entscheide streng nach militärischen Gesichtspunkten und nach Effektivitätskriterien der Bundeswehr, für die regionale Entwicklung sei er nicht zuständig. Auf den ersten Blick mag das einleuchten. Aber er ist auch Bestandteil der Bundesregierung, die eine Gesamtverantwortung hat und nicht nur für den militärischen Teil zuständig ist.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])

Die PDS erwartet, dass die betroffenen Regionen mit den Umstrukturierungsproblemen nicht allein gelassen werden. Insofern teilen wir das Anliegen des CDU/CSU-Antrages; es kommt ja nicht oft vor, dass PDS und CDU/CSU übereinstimmen.

Noch ein kleiner Tipp für den Staatssekretär. Die Anfrage des PDS-Abgeordneten André Brie an den zuständigen EU-Kommissar hat bestätigt, dass die Europäische Union umfangreiche Fördermittel für **Konversionsprogramme** zur Verfügung stellt. Die sind aber an die Bedingung geknüpft, dass es auch entsprechende nationale Programme gibt, die die betroffenen Städte und Kommunen fördern. Sie können solche Programme nicht den Kommunen und den Ländern aufbürden, die ohnehin klamm sind.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch  
[fraktionslos])